

## **Kleine Anfrage**

**des Abgeordneten Enrico Komning und der Fraktion der AfD**

### **Zusammenhang zwischen WLTP-Abgastests und Einbruch der Automobilproduktion**

Im dritten Quartal 2018 ist die Wirtschaftsleistung in Deutschland gegenüber dem Vorquartal real um 0,2 Prozentpunkte gesunken. Maßgeblich dafür verantwortlich sei laut Bankenverband ein kräftiger Einbruch bei der Automobilproduktion (<https://bankenverband.de/fachthemen/unternehmensfinanzierung-c/gedampftes-wachstum-stabile-finanzierung/>).

Seit dem 1. September 2018 unterliegen in Deutschland neuzuzulassende Fahrzeuge dem WLTP-Abgastest. Dieser soll zu realitätsnäheren Angaben zu Verbrauch und Schadstoffausstoß bei Automobilen führen. Das Testverfahren sieht vor, dass jedes Modell mit jeder denkbaren Ausstattung einzeln zu zertifizieren ist. Dies stellt insbesondere für den VW-Konzern eine große Herausforderung dar ([www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/abgastests-wltp-tests-ueberfordern-volkswagen-fuer-einige-modelle-fehlt-die-zulassung/22976310.html?ticket=ST-207421-lfWY4OdqTGdS3DDtiFrT-ap1](http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/abgastests-wltp-tests-ueberfordern-volkswagen-fuer-einige-modelle-fehlt-die-zulassung/22976310.html?ticket=ST-207421-lfWY4OdqTGdS3DDtiFrT-ap1)).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Inwieweit besteht laut Erkenntnissen der Bundesregierung ein Zusammenhang zwischen der Einführung der neuen WLTP-Abgastests ab dem 1. September 2018 und dem Einbruch der Automobilproduktion?
2. Plant die Bundesregierung für den deutschen Markt Übergangsregelungen, damit nach den bisherigen Tests produzierte Fahrzeuge rechtssicher abverkauft werden können?
3. Wie hoch ist laut Bundesregierung der wirtschaftliche Schaden für die deutsche Automobilindustrie infolge der Einführung der WLTP-Tests?
4. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Kosten ein, die der Automobilindustrie durch die neue Zertifizierung der einzelnen Fahrzeugmodelle entstehen?
5. Plant die Bundesregierung, Ausgleichszahlungen an betroffene deutsche Automobilkonzerne zu leisten, um die entstehenden Kosten abzdämpfen?

Berlin, den 19. Dezember 2018

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

